

Wiederholungs...  
Anzeige...  
Kauf...  
Verkauf...

# Dresdner Nachrichten

**Julius Bentler, Dresden, Wallstr. 15,**  
empfehlend in grösster Auswahl:  
Eiserne Oefen und Herde, Haus-, Küchen- und Land-  
wirthschafts-Geräthe.

**Thüre zu!**  
Vollkommenster, selbst-  
thätiger geräuschloser  
**Thürschliesser.**  
SO.000 St. in Gebrauch.  
Prospect gratis u. franco.  
**Curt Heinius,**  
Königl. bauch. Hofschloß,  
Dresden-N.,  
Kurfürststr., Ecke Thierstr.  
(Fernsprecher II, Nr. 2106.)

**Ratanhia Zahn-Mundwasser**  
wirkt antiseptisch und erfrischt. vorzüglichstes Mittel zur  
Conservirung von Zähnen und Beseitigung üblen Mund-  
geruchs. Vorbeugungsmittel gegen Hals- u. Mundkrankheiten.  
Vers. n. answärts. **Karl Hofapotheka Dresden, Georgenbor.**  
Flasche 1 Mark.

**Weihnachts-Neuheiten**  
Photogr. Albums, Damentaschen, Portefeuillewaaren  
ausgeführt in reichster Auswahl  
**Bernhard Rüdiger, Wilsdrufferstr. 3.**

**R. Beyer - Papier-Fabrik-Lager -**  
Papier-Grosshandlung - **Am See 16**  
Grösstes Lager aller Sorten Papiere und Packpapiere, Formate  
und Rollen in allen Grössen. Schreib-, Post-, Druck- und Um-  
schlag-Papiere. Inuitet. - fettlicht - echt - und Butters-  
Pergament. Weisses und farbige Seidenpapiere.  
Geschnittenpapiere. - Billigste Preise. - Prompte Bedienung.

**Regenschirme** in grösster Auswahl **Schirmfabrik C. A. Petschke, Wilsdrufferstr. 17.**  
zu billigsten Preisen. **Annenstr. 9 (Stadthaus).**

Nr. 342. Spiegel: Deutsches-Viertel, Polnische, Landtagsverhandlungen, Stadtverordnetenversammlung, Mathematische Witterung: Freitag, 10. Dezember 1897.

### Goldstück.

Der wilde Skandal, der die Pariser seit Wochen in wilder Aufregung erhält, nähert sich seinem Ende. Nur soll die Frage, ob es zu einer Revision des Prozesses Dreynus kommen wird, nach Ansicht der Dreynusianer noch nicht endgültig entschieden sein; aber nach dem Verlauf der Verhandlungen, die im Parlament über die Affaire stattgefunden haben, erscheint es fast ausgeschlossen, daß Dreynus, welche den Feldzug zu Gunsten des wegen Hochverrats verurtheilten Exkapitän Dreynus imcinit haben, triumphen werden. Die Vertreter der Regierung haben in der Deputiertenkammer wie im Senat feierlich und nachdrücklich erklärt, daß Dreynus schuldig sei und beide Häuser haben der Regierung nach dieser Erklärung ihr Vertrauen ausgesprochen. Selbst der Vicepräsident des Senats Scheurer-Kestner, der an der Spitze des Dreynus-Syndikats steht, hat dies gethan, nachdem er vielleicht selbst zu der Erkenntnis gekommen ist, welches Unheil er mit seiner Behauptung, die Verurtheilung seines Klienten sei das „größte Verbrechen der Weltgeschichte“, angerichtet hat. Die Freunde des Dreynus wollen freilich ihre Niederlage noch nicht eingestehen, indem sie daran festhalten, daß die Möglichkeit einer Revision des Prozesses noch offen bleibe, da über den Major Esterhazy, der von der Familie Dreynus beschuldigt wird, den Hochverrath begangen zu haben, wegen dessen Dreynus verurtheilt wurde, die kriegsgerichtliche Untersuchung eingeleitet worden ist. Den Anlaß zu dieser Untersuchung gab die Veröffentlichung von Briefen angeblich von Esterhazy, in welchen die französische Armee auf das Schwerte beschuldigt wird. Aber selbst wenn die Echtheit dieser Briefe bewiesen werden sollte, so folgt doch nicht, daß Esterhazy Hochverräter ist und zwar der Hochverräter, den man in Dreynus entlarvt zu haben glaubte. Das einzige gegen Esterhazy geltend gemachte Verdachtsmoment ist die Ähnlichkeit seiner Handschrift mit den Briefen auf dem Fettel ohne Unterschrift, dem berühmten Vorbereu, der allein, wie die Dreynusianer behaupten, die Verurtheilung des Dreynus als seines Mithäbers herbeigeführt haben soll. Nur wenn der vollständige Beweis erbracht würde, daß dieser Fettel von Esterhazy herrührt, könnte an eine Revision des Dreynus-Prozesses gedacht werden, freilich auch nur in dem Falle, daß für die Schuld des Dreynus nicht noch andere und schwerere Beweise als die auf der Ähnlichkeit der Handschrift beruhenden vorgelegt werden.

Aber ein solcher Ausgang des Esterhazy-Prozesses ist nicht zu erwarten. Hat doch der Kriegsminister Billot im Senat bekräftigt, daß zwischen der Affaire Dreynus und der Affaire Esterhazy keine Verbindung bestehe trotz aller gegenseitigen Behauptungen. Esterhazy hat die Regierung die Untersuchung gegen den Major Esterhazy nur eingeleitet, um den Dreynusianern auch den letzten Weg, der zu einer Revision führen könnte, abzuschneiden. Die Regierung hat sich bisher zu der ganzen Angelegenheit durchaus korrekt verhalten. Sie konnte allerdings gar nicht anders als ihrer Ueberzeugung von der Schuld des Dreynus Ausdruck geben, da das kriegsgerichtliche Urtheil in voller Kraft besteht. Die Art, wie diese Ueberzeugung ausgesprochen wurde, läßt darauf schließen, daß die Beweise der Schuld des Verurtheilten für unüberleglich gehalten werden. Der Kriegsminister Billot nannte es „vorbereit“, wenn Scheurer-Kestner behauptet, das Vorbereu sei die einzige Grundlage des Prozesses gewesen und es liegt Anlaß zur Revision vor, wenn bewiesen werde, daß das Vorbereu nicht von Dreynus herrühre. Auch der Ministerpräsident Waldeck gab zu erkennen, daß noch andere Beweise für den Hochverrath des Dreynus vorhanden sind, die aber nicht mitgetheilt werden können, weil ein Staatsgeheimniß im Wege stehe. Es handelte sich um Thatsachen, erklärte der Rabinetschef, welche die nationale Verteidigung und die auswärtigen Beziehungen Frankreichs berühren und darum geheim bleiben müssen. Die geringste Indiskretion könnte die schwersten Folgen nach sich ziehen.

So ebentückerlich und romanhaft die ganze Affaire Dreynus auch von der krankhaften Phantasie der Franzosen ausgeschwippen worden ist, Eins steht jedenfalls fest: wäre Dreynus nicht ein Jude und wäre dabei nicht das semitische Solidaritätsgefühl weit über Frankreichs Grenzen hinaus in Aktion getreten, so hätte der Fall nicht einen so ungeheuerlichen Umfang annehmen können, daß die Leidenschaften des französischen Volkes in fieberhafte Wahnungen gerieten und man den Ausdruck eines Hexenfelds erhielt, der auf der Gluthitze des Chauvinismus, des Deutschenhaßes und des Spionensdeliriums brodelte. Demjenigen Juden — und es ist wohl leider noch immer die überwiegende Mehrheit —, welche die Pflichten, die sie aus ihrer Abstammung ableiten, höher schätzen als die der Staatsangehörigkeit, scheint es ein unumstößliches Dogma zu sein, daß ein Jude, sobald er irgendwo in der Welt eine aufsehenerregende todeswürdige Schandthat begangen hat, unschuldig ist oder doch unter allen Umständen freigesprochen werden muß. Für die jüdische und judenfreundliche Presse, auch in Deutschland, stand die Unschuld des Dreynus von vornherein fest; und als er verurtheilt worden war, hat man alle Sobel in Bewegung gesetzt, ihn wieder frei zu bekommen. Die Art, wie insbesondere die Juden in Frankreich für ihren Racengenossen eingetreten sind, ohne jede Rücksicht auf die Staatsinteressen und auf die nachtheiligen Wirkungen auf die Armeen, könnte in der That zu der Vermuthung führen, bei der Aktion Scheurer-Kestner's und seiner Genossen handle es sich um ein planmäßig angelegtes

Komplot des internationalen Judenthums. Es mag eine Mühe sein, wenn Pariser Antisemiten erzählen, ein Schandthat von Juden heiber Welten sei zusammengetreten und habe fünfzig Millionen Franzosen für den Feldzug zu Dreynus' Gunsten vorgeschoben; aber unbegreiflich ist es keineswegs, daß dergleichen behauptet und wohl auch geglaubt wird. Ebenso wenig darf man sich wundern, daß der Antisemitismus in Frankreich, der sich dort zu einer Stärke entwickelt hat wie vielleicht nirgend andernwärts, den Kampf für oder gegen Dreynus mit einer um so leidenschaftlicheren Energie aufgenommen hat, als dabei auch der Chauvinismus und der Deutschenhaß einfließen wurden. Und da es auch unter den Pariser Antisemiten Elemente vom Schlage der Herren Alwardi und Genossen gibt, so kamen Meinungen zu Stande, die das Was des Jont bei Stenbalfen erleben — ohne Stenbalf, sei es politischer, gesellschaftlicher oder finanzieller Natur, kann in Paris nicht mehr leben — um ein beträchtliches Maß überstiegen. Man weiß nicht, worüber man sich trauen soll, über die virtuose Pöbelheit, mit der geschimpft, verläumdelt und gelogen wurde, oder über die Kühnheit der Phantasie, die hierbei befruchtet wurde.

Nicht mit Unrecht ist die Dreynus-Affaire als „Armeer-Banana“ charakterisirt worden. Der Vergleich trifft schon insofern zu, als hier wie bei dem eigentlichen Banana-Skandal Juden als Träger der Hauptrollen im Mittelpunkt des Schauspiels stehen. Nur das semitische Sonderinteresse ist die treibende Kraft dieses Armeer-Bananas gewesen. Das Ansehen der französischen Juden, die ihre Söhne seit einigen Jahrzehnten mit Vorliebe die militärische Laufbahn wählen lassen, hatte durch die Verurtheilung ihres Stammesgenossen Dreynus einen schweren Stoß erlitten. Die Ehre des Hochverrathes mußte daher wiederhergestellt werden, gleichviel ob der Kampf, der um die Schuld und Unschuld des Verurtheilten entbrannt wurde, daß und Jotretacht in die Reihen des Offizierskorps trüge und dadurch die höchsten nationalen Interessen beeinträchtigte. „Welch“ mächtigstes Attribut auf die französische Offizierskaste war es, das Kriegsgericht, dessen Mitglieder einstimmig den Schuldpruch gefällt hatten, zu legitimieren, daß es einen Kameraden wider besseres Wissen oder zum Mindesten leichtfertig wegen des schwersten Verbrechens, das ein Soldat begehen kann, verdammt habe! Sollte es in der französischen Armeer-Welt nicht sieben Offiziere geben, die fähig wären, mit vollem Bewußtsein einen Unschuldigen zu verurtheilen? Die jüdischen Freunde des verurtheilten Dreynus scheuten sich nicht, diesen Verdacht auszusprechen; sie gingen weiter, indem sie behaupteten, daß ihre Sprache in der Armeer den Hauptmann Dreynus durch die verurtheilten Rabalen, Fälschungen und läugerische Zeugenaussagen ins Verderben geführt haben, nicht allein um diesen Verdacht zu bekräftigen, sondern um das ganze jüdische Element im Offizierskorps zu unterdrücken und so eine Erziehung der Revolution und der Demokratie zu verhindern. Ueberdies wurden die höchsten Offiziere der Kriegsminister, der Chef des Generalstabes und Andere der Mithäterschaft an dieser antisemitischen Beschuldigung beizufügen. Unheimlich waren die Folgen dieser Kampfesweise, das Vertrauen zu dem Kopfgeist des Offizierskorps begann zu wanken und die Führer des Offizierskorps in zwei feindliche Lager zu spalten. Die Verdächtigen erklärten die „Lascivität“ bereits derartig, daß Offiziere kein Verdenten tragen, militärische Geheimnisse dem wüthenden Sozialdemokraten Rodjort anzuvertrauen und sich der Stenbalfprelle z. z. Förderung ihrer Parteinteressen zu bedienen! Wenn Theodor Womman die Fähigkeit begehrt, die Geschichte der Gegenwart mit derselben kindlichen Unselbstständigkeit und Schäre zu beurtheilen, wie das römische Alterthum, so würde er in dem Verlauf der Dreynus-Affaire die Ansicht, zu der er in seinem großen Werke über die Geschichte Roms gekommen ist, bekräftigt haben: daß die Juden ein Element der nationalen Dekomposition sind, oder in ethisches Deutsch überseht: daß die Juden Träger der Verregung sind.

Wäre Dreynus widerrechtlich dann den staatsrechtlichen Einmäßen der Völker. Auch bei dem Nordostkanal und bei den ehedem beschwerten Bewilligungen vom Reichstag ausgeprochen worden. Auf ein fortdauerndes Steigen der Einnahmen des Reiches ist allerdings nicht zu hoffen, aber wo es sich um die vitalsten Interessen handelt, wird das deutsche Volk noch immer nachsichtlos zu Opfern bereit sein. (Beitrag.) — Abg. Götter (deutsche Volksp.) erklärt, die jüdische Volkspartei lehne die Vorlage ab, weil sie durch die Bewilligung des Septennats kein wichtiges Volkrecht verleihe und der Regierung kein Vertrauenstimmen ertheile könne, weil ferner die Vorlage ein weiterer Schritt sein würde zu einem Marine-Despotismus und endlich, weil man im Volke von einer solchen Vermehrung neuerer Marine nichts wissen wolle. — Abg. Zimmermann (Nst.) erklärt, seine Freunde hätten, aus dem nationalen Grunde der Landesverteidigung eine wohlwollende Haltung der Vorlage für geboten. Es sei zu erwägen, ob man nicht durch die Vorlage noch mehr Millionen züchte. Es scheint, als ob man wieder in die Typopolitik eintreten müsse, auf Kosten des Bauens und des staatlichen Mittelstandes. Bei allem Wohlwollen für die Vorlage wollten seine Freunde doch nicht eine zweite Vorlage des Septennats erleben; es müßten daher gewisse Garantien den verurtheilten Regierungen abverlangt werden und in dieser Beziehung könne er den Vorschlägen des Abg. Richter nur zustimmen. — Abg. Gilpert (bair. Bauernbündler) hat schon zu Bedenken gegen die Vorlage, weil sie keine definitive Stellungnahme über die Kommission vor. — Abg. Wolfenbute (Soz.) bemerkt zunächst, daß der „erbare Kaufmann in Hamburg“ die Motionsvorlage keineswegs mit Rücksicht auf die Interessen des Handels, sondern nur im Interesse der Rederei empfohlen habe. Wenn der Schutz der Deutschen im Ausland so sehr betont werde, so müßte es daran denken, daß er selbst einmal in Antona wegen der Marotte eines Staatsbankrotts nachhelfen in Haft genommen worden sei und dabei sein Kreuzer vor Antona erlitten. Das Verhältniß der Zahl der Reichsarmee in der der Handelsmarine sei bei uns viel größer als in England. Für eine große Marine solle es uns an leemännischen Personal. Seine Freunde hätten jetzt jedenfalls für solche Vorlagen kein Wort. Der Handel sei genug geschädigt. — Abg. Graf Stolberg (Nst.) konstatiert, daß die Stimmung im Volke in den letzten Monaten eine entsetzliche Furcht erregende gewesen sei, man habe sich sogar gewünscht, daß die Forderungen so möglich seien. Seiner Ansicht nach habe auch die Landwirthschaft ein indirektes Interesse an der Vorlage, denn die Landwirthschaft brauche eine kaufmännige Industrie. Was die finanzielle Seite anlangt, so wolle er sich mit der Thatfache, daß sich noch niemals ein Land dadurch ruinirt habe, das es zu viel für Heer und Marine ausgegeben habe, wohl aber dadurch, daß es diese Verteidigungsmittel vernachlässigt habe. Ihm wäre es am liebsten, wenn die Vorlage so angenommen werde, wie sie sei. — Damit schließt die Debatte und die Vorlage geht an die Budgetkommission. — Es folgt die Interpellation Bismarck's: Welche Maßregeln gedenken die Regierungen zu ergreifen, um den auf die Monopolisirung des deutschen Petroleumhandels gerichteten Bestrebungen der Rockefeller Standard Oil Company entgegenzutreten. — Abg. Bismarck (Nst.) schildert in seiner Begründung ausführlich das brutale und skrupellose Vorgehen jener Company. — Staatssekretär Graf Stolberg: Auf der einen Seite steht ein mächtiger Monopolist, auf der anderen das deutsche Volk. Es fragt sich nun: Ist die Regierung in der Lage, einzutreten gegenüber solcher für die staatsrechtlichen nachtheiligen Bestrebungen? Man würde gegen eine solche Einmischung vielleicht mit Recht den Einwand erheben, daß es sich um private Verträge handelt. Wenn man sich die Einmischung der deutsch-amerikanischen Gesellschaft auf die Preise betrachte, so stehe außerdem fest, daß seit dem Jahre 1890 die Preise andauernd in Gunsten der Amerikaner sich emporgehoben haben; auch jetzt sind sie so niedrig wie noch nie. Dieser ist es Thatsache, daß von der letzten Preissteigerung die deutsch-amerikanische Gesellschaft keinen Nutzen hatte, sondern sogar Verluste. Man kann da nicht sagen, daß die Gesellschaft dazu beigetragen habe, den Preis zu heben. Der Vertreter der Gesellschaft hat auch bereits zugegeben, daß seine weiteren Verträge die der Art geschlossen werden, auch will er für alle Fälle geben, um die Monopolisten-Gesellschaft zu einem Verzicht in bewegen. Aber damit ist diese volkswirthschaftlich wichtige Sache für die Regierung noch nicht erledigt. Wie konnten vielleicht den Deutschen mit großen Kapitalien zu Hilfe kommen, aber in eine solche Aktion kann sich der Staat nicht einlassen, denn wer garantiert uns dafür, daß sie nicht auch wieder und man sich nicht hinterher mit der Standard Oil Company verhandeln. Grundsätzlich wäre es, wenn das russische Petroleum in Deutschland weitere Verbreitung fände. Bis jetzt scheint man in Rußland auf den deutschen Markt nicht sehr viel Werth zu legen. Welche Mittel man auch zu Gunsten des Bedarfs russischen Petroleum, aber dann ist befehle, Antisemitismus zu vermeiden, und das erhöht wieder den Preis. Antisemitismus ist zu vermeiden, aber das ist nicht unbedeutend, weil der jetzige Preis der russischen Petroleum dadurch erhöht wurde. Man könnte auch das Antisemitismus nach Deutschland verlegen und zu dem Behr erheben und russisches Petroleum verschicken verfallen, aber wenn man die russische Petroleum, die wir die russische Petroleum aus uns mit den russischen Petroleum, tritt wieder zum Nachtheil des russischen Petroleum ein, auch wieder wie durch die Nebenprodukte der Raffinerien der Braunkohlendampfer sehr lästige Konkurrenz machen. In Frankreich hat man diesen Weg eingeschlagen und was ist die Folge? In Frankreich werden von Kopf zu Kopf 50 Kilo verbraucht gegen 64 in Deutschland. Ein Verbot gegen die Einfuhr auf geistlichem Wege ist in Amerika verhängt worden. Die Erfahrungen dort beweisen, daß das Verbot an allen Ecken und Enden umgangen wird. Wir könnten das russische Petroleum begünstigen durch niedrige Einfuhrzölle. Im preussischen Eisenministerium sind hierüber die Erwägungen in einem gewissen Stadium gelangt. Wir könnten auch durch Zollbefreiungen das amerikanische Petroleum verhindern zu Gunsten unseres heimischen Petroleum, des Spiritus. Je rücksichtloser die amerikanische Gesellschaft vorgeht, desto besser könnte unter Spiritus konkurrenz. Es wäre das für die Landwirthschaft die glückliche Lösung der agrarischen Frage. (Weiter.) Es stehen uns also hierauf nur zwei Mittel zu Gebote, aber wir werden alle diese Mittel rücksichtslos und sofort anzuwenden, wenn die Standard Oil Company rücksichtslos vorgehen sollte. Ich wünsche jedenfalls vor allem, daß das russische Petroleum nun sich angelegen sein läßt, hier bei uns mit dem amerikanischen Produkt in wärmere Kon-

### Bernhardts und Kernprek-Berichte vom 9. Dezember.

Berlin, Reichstag. Die Beratung der Flotten-Vorlage wird fortgesetzt. — Abg. Gammacher (nat. lib.): Meine politischen Freunde haben nach eingehender Beratung einstimmig beschlossen, sich auf den Boden der Vorlage zu stellen. Wir sind mit der Regierung übereinstimmend, daß die Flotte in ihrem jetzigen Umfang nicht ausreicht, die ihr gestellten Aufgaben zu erfüllen, weder in Bezug auf den Küsten, noch in Bezug auf unsere Interessen im Ausland. Die finanziellen Bedenken veranlassen wie nicht, aber das nationale Empfinden, das unsere Partei von Anfang an erfüllt hat, läßt uns jedoch über diese Bedenken hinweggehen. Ich stehe nicht an, zu erklären, daß die Regierung bei dieser Vorlage von einem Verantwortlichkeitsgefühl vor der Geschichte befreit ist, für welche wir ihr nur Dank wissen können. (Wachen links.) Nehmer weist in A. darauf hin, daß die Flotten im Jahre 1870 einen ganzen Seebrand lähmte, weil es uns in der Nord- und Ostsee an einer Flotten-Flotte gefehlt habe. Der Richter unterlasse die Bedeutung des Impoverisables einer starken Nachmittagszeit gerade auch für unsere Erwerbsinteressen. Bei einem Export von 3 1/2 Milliarden Mark sei ein solcher Schatz zur See eine Nothwendigkeit. Welche Gefahren drohen ohnehin unserem Volk durch das Vertheilen von Kolonien mit seinen Kolonien ein einheitliches Wirtschaftsgesetz zu bilden, ebenso durch die ähnlichen Vertheilungen der vorliegenden Staaten von Nordamerika, mit den Staaten Mittelamerikas in engere wirtschaftliche Beziehungen zu treten. Und da es heuteutage nicht mehr in dem Umfang wie früher freie Territorien in Amerika gebe, wohin sich unsere Auswanderer richten könnten, sei es um so größere Wichtigkeit unsere Regierung, dafür zu sorgen, daß unsere steigende Bevölkerung sich auf anderem eigenen Boden ernähren könne. (Wachen links.)

**Triumph-Seife**  
In jeder  
— beste —  
für Toilette  
aus Frankreich